

## **Protokoll der Besprechung zur Errichtung und Betrieb einer Erstaufnahmeeinrichtung im ehemaligen Schulungs- und Tagungszentrum der AOK PLUS in Waldheim**

### Teilnehmende:

Bürgermeister der Stadt Waldheim, Herr Ernst  
Stadtrat CDU – Fraktion, Herr Busch  
Stadtrat FDP – Fraktion, Herr Langner  
Stadtrat AfD – Fraktion, Herr Mende  
Stadtrat FDP – Fraktion, Herr Petters  
Fachbereichsleiter Ordnungs- und Bauamt, Herr Erler  
Präsident der Landesdirektion Sachsen, Herr Bélafi  
Vizepräsident der Dienststelle Chemnitz, Herr Bürkel  
Referat Kommunikation, Frau Simon  
Präsidialbüro, Frau Drechsel

Datum/Zeit: 6. Februar 2025, 10.55 Uhr bis 12.40 Uhr

Ort: LDS, DS Chemnitz, Raum 138

Die Vertreter der Stadt Waldheim übergeben das in der Anlage beigefügte Schreiben und informieren über die am 5. Februar 2025 erfolgte Entgegennahme einer 1719 Unterschriften umfassenden Liste zur Initiierung eines Bürgerbegehrens gegen die geplante Erstaufnahmeeinrichtung.

Herr Bürgermeister Ernst betont die bereits ab dem Jahr 2015 gezeigte Offenheit und das Engagement der Einwohner Waldheims zur Aufnahme von Asylbewerbern und nachfolgend auch gegenüber Geflüchteten aus der Ukraine.

Die Vertreter der Stadt Waldheim legen detailliert die aus ihrer Sicht zwingend gegen die Einrichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung in Waldheim sprechenden Argumente dar (vgl. u.a. auch anliegendes Schreiben):

- fehlende bauplanungsrechtliche Voraussetzungen
- zahlenmäßiges Missverhältnis zwischen Einwohnern der Stadt Waldheim und von in der Erstaufnahme Unterzubringenden
- Sicherheitsaspekte (geringe Polizeipräsenz in und um Waldheim; statistische Angaben des BKA zu Kriminalität im Kontext von Zuwanderung; Sporteinrichtung in unmittelbarer Nähe mit umfangreichem Angebot an Aktivitäten für Kinder und Jugendliche; Nähe zum Rundwanderweg, mögliches Konfliktpotential mit ehemaligen Gefangenen der JVA Waldheim, die mittlerweile in Waldheim wohnhaft sind; Lärmbelästigung)
- fehlender Bedarf an einer weiteren Erstaufnahmeeinrichtung in Sachsen
- Verlust der Attraktivität Waldheims bei Einwohnern, Touristen, Rückgang bei Zuzügen neuer Einwohner
- sicherheitstechnische Aspekte (Brandschutz; Umzäunung) und die notwendige Erstellung eines sicherheitstechnischen Gutachtens

- Zusatzbelastung der Freiwilligen Feuerwehr und der Stadtverwaltung (v.a. Meldeamt, Bauhof wegen möglicher Vermüllung, Vandalismus).

Herr Präsident Bélafi und Herr Vizepräsident Bürkel begründen die nicht einfache Entscheidung für den Standort Waldheim im Wesentlichen mit der Geeignetheit der Immobilie (z.B. Größe, Lage, Struktur, Wirtschaftlichkeit). Das Konzept der LDS zur Unterbringung von Asylsuchenden in Erstaufnahmeeinrichtungen sieht das Vorhalten von Kapazitäten in möglichst festen Objekten mit guten Unterbringungs- und Betreuungsbedingungen, wie im ehemaligen Schulungs- und Tagungszentrum der AOK PLUS in Waldheim gegeben, vor.

Für den Betrieb der Einrichtung sind zum Zeitpunkt des Gesprächs folgende Eckpunkte durch die LDS vorgesehen:

- umfangreiches Belegungsmanagement (Belegung max. 80% im Normalfall; wg. der räumlichen Gegebenheiten besondere Eignung für vulnerable Personen)
- Beschulung und Betreuung der Kinder in der Einrichtung ohne Inanspruchnahme der kommunalen Einrichtungen
- medizinische Versorgung in der Einrichtung (außer zahnärztliche Versorgung)
- Nutzung eines Teils der zahlreichen Räume und der weitläufigen Außenanlage für Freizeit- und Betreuungsangebote
- Vollverpflegung unter Nutzung von Küche, Speisesaal und Cafeteria
- Wachschutz 24/7 in der Einrichtung
- besondere Sorgfalt bei Auswahl des Betreibers der Einrichtung (Qualität der Betreuungs- und Beratungsleistungen, Qualifikation des Personals)
- gute Kommunikation für gutes Miteinander, z.B. Bürgerinformationsveranstaltung vor Inbetriebnahme und ggfs. auch später; regelmäßige Kommunikation mit Bürgermeister, Teilnahme an Ortschafts-/Stadtratssitzung
- ausdrücklich keine Nutzung als Landesausreisezentrum.

Die Vertreter der Stadt Waldheim betonen, dass der Stadtrat geschlossen gegen die Einrichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung in Waldheim steht und alle ihm zur Verfügung stehenden rechtstaatlichen Mittel zur Verhinderung der Einrichtung ergreifen wird.

Übereinstimmend wird festgestellt, dass zwischen der Stadt Waldheim und der LDS ein Zielkonflikt bezüglich der Errichtung und des Betriebs einer Erstaufnahmeeinrichtung in Waldheim besteht, der nicht aufgelöst werden kann.

Abschließend wird der Stadt Waldheim die Beantwortung des übergebenen Schreibens durch die LDS zugesagt.

Das Gespräch verlief in aufgeschlossener und sachlicher Atmosphäre.

Für das Protokoll:  
gez. Grit Drechsel  
Präsidialbüro

### **Anlage**

Schreiben der Stadt Waldheim vom 30. Januar 2025